

Sessionsbericht Frühlingsession 2010

Datum April 2010

Von Dennis Briechle, Praktikant Generalsekretariat

Sessionsbericht Frühling 2010

Aktienrecht & Volksinitiative „gegen die Abzockerei“

Prägendes Element dieser Session war die von Thomas Minder lancierte Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ und die mit ihr verbundenen geforderten Verschärfungen des Aktienrechts. Der Bundesrat wollte ursprünglich im Rahmen der sowieso laufenden Revision des Obligationenrechts (OR) das Aktienrecht verschärfen („indirekter Gegenvorschlag“), ein Weg, der auch vom Ständerat in der Wintersession so gewählt wurde. Der Nationalrat hingegen beschloss, der Initiative auf Verfassungsebene einen direkten Gegenvorschlag entgegenstellen zu wollen. **Für die Grünliberalen waren die Diskussionen um das Verfahren, welche von den Inhalten ablenkten, sekundär. Wichtig war ihnen, den Gegenvorschlag inhaltlich griffig zu halten, so dass er schlussendlich als Alternative zur Initiative taugt und auch Probleme, welche von der Initiative nicht aufgenommen werden, beinhaltet.**

So reichte Martin Bäumle den Antrag ein, dass das von den Aktionären zu genehmigende Vergütungsreglement nicht nur die Entschädigungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung enthält, wie dies sowohl die Minder-Initiative als auch der Gegenvorschlag vorsehen, sondern dass das Reglement auch Bestimmungen über die Löhne anderer Angestellter, welche besser als die Geschäftsleitung verdienen, enthält. Dies ermöglichte es den Aktionären, über die Ausgestaltung der Boni aller Topverdiener, also z.B. auch von Investmentbankern zu bestimmen. Der Antrag wurde äusserst knapp mit 96 zu 92 Stimmen abgelehnt und wir beabsichtigen, ihn im Ständerat wieder einzubringen.

Auch weitere Anträge von Martin Bäumle, welche zu einer Verschärfung des Gegenvorschlags beigetragen hätten, wurden abgelehnt, mit einer Ausnahme: Der Nationalrat beschloss, dass die Generalversammlung regelmässig über das Vergütungsreglement befinden muss. Dies stellt sicher, dass ein einmal in Kraft getretenes Reglement, welches sich als untauglich erweist, nicht auf alle Zeiten gelten kann.

Insgesamt hat der Nationalrat nach Ansicht der Grünliberalen den Gegenvorschlag zu schwach ausgestaltet, um damit das Problem der Abzockerei ernsthaft zu bekämpfen. Um den Druck auf den Ständerat aufrecht zu erhalten, unterstützten die Grünliberalen deshalb vorerst die Minder-Initiative.

Voten Martin Bäumle:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/322408/d_n_4813_322408_322468.htm

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/323723/d_n_4813_323723_323739.htm

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/323984/d_n_4813_323984_324021.htm

Medienmitteilungen:

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100310.pdf>

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100317.pdf>

11. AHV-Revision

Bei der Neuauflage der 11. AHV-Revision setzten sich die Grünliberalen dafür ein, dass die eingesparten Gelder zur Hälfte für die Stabilisierung der AHV und zur Hälfte für die Flexibilisierung des Rentenalters eingesetzt werden. Von den 800 Mio. CHF, die durch die Angleichung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer eingespart werden, sollten gemäss dem Antrag von Thomas Weibel 400 Mio. CHF für die Flexibilisierung des Rentenalters eingesetzt werden. Angesichts der angespannten finanziellen Lage des Bundeshaushalts wäre es unseren Augen unverantwortlich, Flexibilisierungsmassnahmen über das ordentliche Bundesbudget zu finanzieren, weshalb Thomas Weibel für eine Finanzierung über die AHV-Rechnung plädierte. Der Ständerat hatte sich zuvor bereits für diese Variante ausgesprochen. **Der Nationalrat lehnte den grünliberalen Kompromissvorschlag aber ab** und sprach sich gegen jegliche Flexibilisierungsmassnahmen aus.

Voten Thomas Weibel:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/318729/d_n_4813_318729_318730.htm

Medienmitteilung:

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100302.pdf>

Ökologische Steuerreform

Eine ursprünglich von Heiner Studer (EVP) eingereichte Motion forderte den Bundesrat auf, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Erhebung einer Abgabe auf nicht erneuerbarer Energie vorsieht und stattdessen die Besteuerung der Arbeit vermindern soll. Der Ständerat nahm die Motion in geänderter und unverbindlicher Form an, während die Kommission des Nationalrates selbst diese Version zur Ablehnung empfahl. **Auf Antrag von Martin Bäumle sprach sich der Rat gegen seine Kommission aus und stimmte der Motion knapp zu.** Der Bundesrat hat nun einen Bericht vorzulegen, welcher die „(...) Wirksamkeit bestehender Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen (...)“ aufzeigt. Dazu hat er eine Vorlage vorzulegen, welche diese Rahmenbedingungen verbessern soll. Die Grünliberalen haben in diesem Zusammenhang auch auf ihre Vision einer ökologischen Steuerreform, dem Projekt „Energie statt Mehrwertsteuer“, hingewiesen. Dieses sieht eine Steuer auf sämtlichen nicht-erneuerbaren Energieträger bei gleichzeitiger Abschaffung der Mehrwertsteuer vor.

Votum Martin Bäumle:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/322723/d_n_4813_322723_322995.htm

Medienmitteilung:

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100315.pdf>

Gentechnikgesetz

Die Grünliberalen unterstützten das im Rahmen des Gentechnikgesetzes um drei Jahre verlängerte Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft, betonten aber auch die Wichtigkeit des Forschungsplatzes Schweiz. Tiana Moser betonte, dass sich Forschung am gesellschaftlichen Umfeld, in welchem sie stattfindet, orientieren sollte und dass in der Schweiz eine klare Mehrheit heute den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Organismen ablehnt. Die Verlängerung des Moratoriums ist auch deshalb sinnvoll, weil erst die Ergebnisse des nationalen Forschungsprogramms 59 abgewartet werden sollten, welches den Nutzen und die Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen untersucht. Diese werden frühestens 2012 zur Verfügung stehen.

Votum Tiana Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/320568/d_n_4813_320568_320882.htm

Medienmitteilung:

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100308.pdf>

Revision Arbeitslosenversicherung

Die Grünliberalen sehen im flexiblen Arbeitsmarkt der Schweiz einen bedeutenden Standortvorteil und Grund für die relativ tiefe Arbeitslosigkeit der Schweiz. Sie stehen aber auch zu einem funktionierenden Netz von differenzierten Massnahmen und Hilfestellungen für Arbeitslose. Sie befürworten deshalb auch eine Arbeitslosenversicherung (ALV), welche den schnellen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt durch entsprechende Anreize fördert und welche auf einer finanziell stabilen Basis steht, damit sie ihre Aufgaben auch in Zukunft wahrnehmen kann. Aufgrund der momentanen finanziellen Schieflage der ALV, welche inzwischen mit fast 6 Mrd. CHF verschuldet ist, sehen die Grünliberalen Handlungsbedarf und sie unterstützen deshalb die ausgewogenen Sanierungsmassnahmen, welche sowohl Leistungskürzungen als auch zusätzliche Einnahmen vorsieht.

Medienmitteilung:

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100310_2.pdf

Session Arbeitslosigkeit

Votum Thomas Weibel:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/321728/d_n_4813_321728_321729.htm

Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“

Zum Ende der Session befasste sich der Nationalrat mit der Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“, welche eine Reduktion des CO₂-Ausstosses der Schweiz um 30% bis 2020 fordert. **Zur Enttäuschung der Grünliberalen lehnte der Rat die Initiative mit 107:76 Stimmen ab.** Sie hoffen nun darauf, dass die Kommission des Nationalrats einen griffigen Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeitet. Solange ein solcher nicht vorliegt, werden die Grünliberalen die Initiative klar unterstützen. Martin Bäumle wies in seinem Votum darauf hin, dass sich die Wissenschaft weitgehend einig ist, dass der Klimawandel stattfindet und dringend gehandelt werden muss. Der Einsatz für Energieeffizienz und erneuerbare Energien sei dabei nicht nur aus ökologischer Sicht der richtige Weg, sondern bietet auch ökonomisch grosse Chancen.

Votum Martin Bäumle:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/324986/d_n_4813_324986_324987.htm

Medienmitteilung:

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100319.pdf>

Bericht Entwicklungszusammenarbeit

Der bundesrätliche Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit hätte aufzeigen sollen, wie die Schweiz ihren Anteil an der Entwicklungshilfe auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens (BNE) steigern könnte. Wie Tiana Moser vor dem Rat ausführte, erfüllt der Bericht diesen Auftrag nicht, weshalb der Ständerat und die Kommission des Nationalrats den Bericht an den Bundesrat zurückweisen wollten, was auch die Grünliberalen unterstützten. **Tiana Moser betonte, dass für die Grünliberalen eine verstärkte Wirkungskontrolle und insbesondere Transparenz für die längerfristige Glaubwürdigkeit der Entwicklungszusammenarbeit unabdingbare Voraussetzungen seien.** Im internationalen Vergleich mit vergleichbaren Ländern wie den Niederlanden oder skandinavischen Staaten stehe die Schweiz aber schlecht da, weshalb eine Erhöhung angezeigt sei.

Votum Tiana Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/324282/d_n_4813_324282_324504.htm

Motion: Entwicklungshilfe an Menschenrechte knüpfen

Votum Tiana Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/323189/d_n_4813_323189_323656.htm

Bauspar-Volksinitiativen

Als letztes bedeutendes Geschäft standen die beiden Volksinitiativen zur steuerlichen Förderung des Bausparens auf der Agenda. In ihrer eingereichten Form erfüllen die Initiativen die Anliegen der Grünliberalen nicht. **Thomas Weibel betonte, dass das Ziel gesamtschweizerischen Bausparens die energetische Gebäudesanierung oder die Förderung des Erwerbs von energetisch vorbildlichen Wohneigentum sein müsse.** Auch müssten Vorkehrungen getroffen werden, damit das Bausparen von Bestverdienenden nicht als Steuerschlupfloch missbraucht werden könne. Der Rückweisungsantrag von Thomas Weibel welcher den Bundesrat aufgefordert hätte einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten, welcher das Bausparen für energetisch vorbildliche Um- und Neubauten vorgesehen hätte, fand keine Mehrheit.

Voten Thomas Weibel:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/324282/d_n_4813_324282_324283.htm

Revision Güterkontrollgesetz

Medienmitteilung:

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100301.pdf>

KVG & unbezahlte Prämien

Votum Tiana Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/324282/d_n_4813_324282_324504.htm

Aussenwirtschaftsbericht

Votum Tiana Moser:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/321728/d_n_4813_321728_321996.htm

GPK & GPDeI Jahresbericht

Votum Thomas Weibel:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4813/322114/d_n_4813_322114_322316.htm